

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Technik der Stadt Lörrach
am Dienstag, 23. September 2014
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender

Stadträtinnen und Stadträte: Berg
Böhringer
Cyperrek
Denzer
Di Prima
Escher
Glattacker
Gula (für Simon)
Höfler (für Heuer)
Kiefer
Martin (für Wiesiollek)
Pichlhöfer
Salach
Vogel
Vogelpohl

Entschuldigt: Heuer, Simon, Wernthaler, Wiesiollek

Ferner: Leiterin Büro Vorstand Williams
Geschäftsführerin Ziegler-Jung
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Fachbereichsleiter Nef
Stellv. Fachbereichsleiterin Schneider
Stellv. Fachbereichsleiter Haasis
Alexander Fessler

Urkundspersonen: Stadträtin Salach und Stadtrat Kiefer

Schriftführer: Herr Ockenfuß

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 19.25 Uhr

TOP 1

Straßenunterhaltung;

Aktueller Sachstandsbericht 2014 über die Anlegung der Straßendatenbank zur Abschätzung des Mittelbedarfs für die Straßenunterhaltung.

Vorlage: 132/2014

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und thematisiert zunächst kurz die Thematik der Vorlage.

Fachbereichsleiter Nef erklärt, dass die Straßenunterhaltung eine durchgängig notwendige Aufgabe sei. Man müsse stetig in den Erhalt eines guten Zustands der Straßen investieren. Sanierungen seien durchgeführt worden in der Kirchstraße, der Mozartstraße, der Heithemstraße und der Spitalstraße. Durch die dortige Verlegung des Gigantetzes habe man die Fahrbahndecke und die Gehwege erneuert. Insgesamt betrage die Länge der kommunalen Straßen auf dem Stadtgebiet rund 180 Kilometer. Die Straßen seien, je nach Beschaffenheit und Sanierungsbedürftigkeit, innerhalb der Datenbank in 5 unterschiedliche Kategorien eingeteilt worden. Um insgesamt einen mittleren Straßenzustand zu erreichen, seien Investitionen in Höhe von rund 15 Millionen Euro notwendig. Hierbei werde das Ziel verfolgt, dass die Stadt als Straßenbaulastträger die Verkehrssicherungspflicht gewährleisten könne. Die Datenbank gebe einen hilfreichen Überblick über den Zustand der Straßen auf dem Stadtgebiet sowie über deren Entwicklungsstand. Die Datenbank werde gepflegt und stetig fortgeschrieben.

Der Vorsitzende erklärt, dass man in den kommenden Haushaltsplanberatungen auch im Bereich Straßen wieder verschiedene Schwerpunkte setzen werde.

Stadtrat Escher bedankt sich für die Beschlussvorlage und erklärt, dass man im Weiteren die Haushaltsplanberatungen abwarte.

Stadträtin Cyperek bedankt sich ebenso für die Vorlage erklärt, dass man den Investitionsstau im Bereich Straßen abbauen müsse. Sie fragt, ob die Datenbank auch das Alter der Straßen wiedergebe und warum selbst kurze Straßen in weitere, kleine Straßenabschnitte unterteilt werden. Ebenso wolle sie wissen, warum an in manchen Straßenabschnitten Kosten für Gehwege entstehen, obwohl es dort gar keine Gehwege gebe.

Stadtrat Berg merkt an, dass die Straßen, welche sich besonders für Fahrradfahrer in keinem guten Zustand befänden, nicht in der Datenbank aufgeführt seien. Es gebe viele Mängel an Straßen, die von der Datenbank bisher nicht berücksichtigt werden.

Stadtrat Denzer bemerkt, dass die Abnutzung der Straßen mehr und mehr zunehme. Er fragt, ob in der Datenbank auch Brücken aufgeführt werden sollen.

Fachbereichsleiter Nef führt aus, dass eine Unterteilung von Straßen in kleinere Abschnitte systembedingt, also bedingt durch die Datenbanksoftware, erfolge. Dies könne auch von Vorteil sein, gerade bei beschränkten Mitteln. Die Thematik der

fahrradfreundlichen Straßenplanung solle im kommenden Haushaltsplan aufgenommen werden. In Lörrach gebe es insgesamt rund 330 Brücken. Dazu liege ein Brückenverzeichnis vor, welches auch wichtige Daten zu den einzelnen Brücken erhalte. Das Brückenverzeichnis werde vom Gesetzgeber vorgeschrieben und auch in regelmäßigen Abständen überprüft.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung gerne eine Vorlage zum Zustand der Brücken erstellen werde. Auch die Anfrage hinsichtlich der eingesetzten Mittel für Gehwege werde die Verwaltung beantworten. Man wolle künftig eine Bildung von kurzen Abschnitten bei ohnehin schon kurzen Straßen vermeiden.

Stadtrat Escher sagt, dass er sich eine Auflistung der Lörracher Brücken wünsche, die gleichzeitig die Priorität der einzelnen Brücken hinsichtlich ihres Sanierungsbedarfs anzeige.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung dies berücksichtigen wolle.

Stadtrat Böhringer fragt, nach welchen Kriterien man Brücken kategorisiere und hinsichtlich ihrer Sanierungsbedürftigkeit priorisiere.

Stadträtin Martin fragt, ob die Gehwege auf dem Stadtgebiet für ältere Menschen mit Rollator geeignet seien. Sie fragt, ob der Bodenbelag gut und die Gehwege breit genug seien. Ebenso fragt sie, ob die Spurrinnen für Kinderwagen und Fahrräder bei den städtischen Treppenfäden auch in der Datenbank berücksichtigt wurden.

Fachbereichsleiter Nef erläutert, dass man beispielsweise zwischen reinen Wohnstraßen und viel befahrenen Hauptverkehrsachsen unterscheide. Hier liege bei den viel befahrenen Straßen eine deutlich höhere Priorität. Natürlich mache es auch Sinn, dass man Straßen dann erneuere, wenn man die Straßen ohnehin aufgrund der Verlegung von Versorgungsleitungen aufgraben müsse. Komme es zu solchen Fällen, werde man im Vorfeld darüber berichten und könne dann Mittel zur Straßensanierung in den Haushalt einstellen. Bei solchen straßenbaulichen Maßnahmen passe man generell die Bordsteinabsenkungen an und arbeite stets daran, diese für alle Bevölkerungsgruppen komfortabel und barrierefrei zu gestalten.

Stadtrat Escher weist darauf hin, dass er bezüglich einer Anfrage an die Verwaltung hinsichtlich einer Gefahrenstelle in der Tumringer Straße noch auf eine Antwort warte.

Fachbereichsleiter Nef erklärt, dass der Sachverhalt sehr kompliziert und undurchsichtig sei, da einige Mitglieder der Eigentümergemeinschaft des Grundstücks in den USA, andere Mitglieder der Eigentümergemeinschaft in Europa wohnhaft seien. Man hoffe auf eine Verbreiterung des Gehweges noch in diesem Jahr.

Stadträtin Höfler erklärt, dass an der Stelle auch der Bodenbelag angepasst werden müsse.

Der Vorsitzende stimmt dem zu.

Stadtrat Pichlhöfer erklärt, dass man an einer anderen Stelle, bei der Gevita Tagespflege, an der täglich schwerbehinderte Personen ein- und aussteigen, ebenfalls den Bodenbelag anpassen müsse.

Der Vorsitzende wolle die Themen weiter aufgreifen.

Vom Bericht der Verwaltung über den aktuellen Sachstand der Straßendatenbank zur Abschätzung des Mittelbedarfs für die Straßenunterhaltung wird Kenntnis genommen.

TOP 2

Entwurfsplanung und Kostenberechnung für den Ausbau des Friedhofswegs im Stadtteil Hauingen

Vorlage: 145/2014

Der Vorsitzende erklärt, dass der Ortschaftsrat der Vorlage bereits zugestimmt habe.

Stadträtin Höfler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadtrat Böhringer sagt, er freue sich über die Vorlage und die Durchführung der Maßnahme, nachdem es dafür mehr als 30 Jahre gebraucht habe. Es sei gut, dass Behindertenparkplätze berücksichtigt worden seien. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Salach ist der Auffassung, dass die Kosten für den Ausbau des kurzen Abschnitts sehr hoch seien.

Stadtrat Denzer erklärt, dass es sich bei den Kosten um marktübliche Kosten handle.

Fachbereichsleiter Nef gibt an, dass die Kosten sich in einem angemessenen Rahmen befänden. Im Ortschaftsrat sei man zu guten Ergebnissen gekommen. Hinsichtlich der Verlegung des Giganetzes in dem Bereich warte man noch auf eine Rückmeldung der Telekom.

Stadträtin Salach wünscht, dass bei der Aufstellung des Bebauungsplans hinsichtlich geplanter Lichtquellen auf die Belange der dort ansässigen Fledermäuse Rücksicht genommen werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass man die Anregungen aufnehme.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik fasst einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurfsplanung und der Kostenberechnung für den Ausbau des Friedhofswegs im Stadtteil Hauingen wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt die Mittel für den Bau des Friedhofwegs in Höhe 341.000,00€ für den Haushalt 2015 anzumelden und bei Mittelbereitstellung die Straßenbaumaßnahme öffentlich auszuschreiben.

TOP 3

Bauantrag Nr. 364/14 auf provisorische Nutzung der Säle im EG und OG für Theateraufführungen bis zur Fertigstellung der Umbaumaßnahmen auf dem Grundstück Flst.-Nr. 592, Adlegässchen 13 (§§14, 36 BauGB)

Der Vorsitzende erklärt, dass eine Veränderungssperre im Zusammenhang mit Werbeanlagen erlassen worden sei, welche aber das eigentliche Bauvorhaben nicht beeinträchtigt.

Stellvertretender Fachbereichsleiter Haasis erläutert die Gründe für die Veränderungssperre. Für die Räumlichkeiten wolle man eine Genehmigung für die provisorische Nutzung durch die Theatergruppe Tempus Fugit bis zum Sommer 2015 erteilen. Brandschutzrechtliche Voraussetzungen seien durch die Erstellung eine Fluchttreppengerüstes erfüllt.

Stadträtin Höfler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadträtin Cyperrek signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Stadtrat Denzer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik fast einstimmig folgenden Beschluss:

Einer Ausnahme von der bestehenden Veränderungssperre wird zugestimmt. Planungsrechtliche Schritte zur Sicherung der Bauleitplanung nach den Vorschriften des Baugesetzbuches sind nicht erforderlich.

TOP 4

Bauantrag Nr. 267/14 auf Neubau eines Hotel und Boardinghauses mit 230 Zimmern, Restaurant, Bar sowie Tiefgarage, hier: Antrag auf Erteilung einer Teilbaugenehmigung für Grabarbeiten auf dem Grundstück Flst.-Nr, 172, Gemarkung Lörrach, Belchenstraße (§§ 31, 36 Bau GB)

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des vorliegenden Bauantrags ein.

Stellvertretender Fachbereichsleiter Haasis erklärt, dass es sich bei der beantragten Genehmigung um eine Teilbaugenehmigung handle, die dem Bauherren den Aushub der Baugrube erlaube. Die Bedingungen für die Teilbaugenehmigung seien erfüllt. Die Genehmigung des Hochbaus werde erfolgen, sobald hierfür die Voraussetzungen vorliegen. Es seien noch Detailfragen zum Brandschutz zu klären.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Projektzeitplan eingehalten werde.

Stadtrat Kiefer fragt, ob das gesamte Baugebiet auf mögliche Blindgänger aus dem zweiten Weltkrieg untersucht worden sei.

Stadträtin Cyperrek fragt, ob die Vergabe einer Teilbaugenehmigung üblich sei. Sie fragt, ob sich die Parkplatzsituation in der Umgebung des Hotelneubaus schon konkret darstellen lässt.

Stadtrat Berg fragt, ob es bei einer zeitlichen Überschneidung des Hotelbaus und Neubauvorhaben auf dem Gelände der Brauerei Lasser nicht zu koordinierenden Schwierigkeiten und Engpässen komme und ob es Möglichkeiten gäbe, den Bauablauf miteinander zu koordinieren.

Stadtrat Denzer fragt, ob es nicht problematisch sei, dass die geplante Hotelhöhe die im Bebauungsplan festgeschriebene Gebäudehöhe um 2,25 Meter überrage.

Der Vorsitzende erklärt, dass Teilbaugenehmigungen immer wieder erteilt werden. Dies habe teilweise saisonale Gründe. Im Rahmen von Teilbaugenehmigungen bleibe die Stadt frei von möglichen Schadensersatzansprüchen. Städtebauliche Bedenken dürften sich aus der Gebäudehöhe keine ergeben. Man sei mit den Bauherren stets um einvernehmliche Lösungen bemüht. Wann genau mit dem Bau des Hotels und dem Vorhaben der Brauerei Lasser begonnen werde sei nicht klar. Ein Gutachten über eventuelle Kampfmittelüberreste habe man eingeholt. Da eine Verdachtsfläche vorliege, erfolge der Aushub vorsichtig und mit Auflagen. Hinsichtlich der Frage nach Parkplätzen erklärt er, dass die baurechtlich erforderliche Zahl von Parkplätzen übererfüllt werde. Die angesprochenen privaten Bauvorhaben würden unabhängig voneinander entwickelt. Eine Einflussnahme durch die Stadt auf den zeitlichen Ablauf sei nicht möglich.

Stadtrat Escher äußert Bedenken hinsichtlich der Überschreitung der im Bebauungsplan festgelegten Gebäudehöhe um 2,25 Meter. Hinterher sei man handlungsunfähig. Zudem brauche man mehr Parkplätze, als die baurechtlich vorgeschriebenen. Er wolle wissen, welche Instrumente sich dem Gemeinderat hier böten.

Der Vorsitzende führt aus, dass der Gemeinderat eine Veränderungssperre erlassen könne.

Stadtrat Escher wolle wissen, welche weiteren Instrumente der Gemeinderat habe, um die Gewährleistung des Verkehrs sicher zu stellen. Der Verkehr im Umfeld des Hotelneubaus müsse reibungslos funktionieren. Es müsse ausreichend Parkplätze geben.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Änderung des Bebauungsplans beziehungsweise eine Veränderungssperre ein wirksames Instrument darstelle.

Stellvertretender Fachbereichsleiter Haasis merkt an, dass der Grundstücksverkauf an den Investor des Hotels auf der Grundlage des bestehenden Bebauungsplans erfolgt sei.

Stadträtin Cyperrek sagt, dass der Bauherr sich nicht an den bestehenden Bebauungsplan halte. Die ausgewiesenen Parkplätze seien nicht ausreichend. Man könne nicht davon ausgehen, dass die meisten Besucher des Hotels mit der Regio-S-Bahn anreisen. Es werden dringend weitere Parkplätze benötigt.

Stadtrat Pichlhöfer fragt, wie viele Parkplätze es in Relation zu der Anzahl der Hotelzimmer geben werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Zahl nicht bekannt sei, man sie aber gerne nachreichen wolle.

Stadtrat Di Prima fragt, ob die Überfahrtsrechte auf dem Flurstück mit der Nummer 173 mit den Besitzern geklärt worden seien.

Stellvertretender Fachbereichsleiter Haasis führt aus, dass das Überfahrtsrecht auf privatrechtlichem Wege zwischen dem Bauherren und dem betroffenen Nachbarn geregelt worden sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass man die Überschreitung der vorgesehenen Gebäudehöhe sowie die Anzahl der Parkplätze in der weiteren Diskussion berücksichtigen wolle.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik fast einstimmig folgenden Beschluss:

Vom Bauvorhaben wird Kenntnis genommen. Planungsrechtliche Schritte zur Sicherung der Bauleitplanung nach den Vorschriften des Baugesetzbuches sind nicht erforderlich.

TOP 5

Antrag auf Befreiung Nr. 340/14 auf Erstellung eines Pumptracks auf dem Grundstück Flst.-Nr. 3835, Gemarkung Lörrach, Grütt (§§ 31, 36 BauGB)

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Vorlage ein und erklärt, was ein Pumptrack ist.

Stellvertretender Fachbereichsleiter Haasis zeigt Pläne des Pumptracks und erklärt das Bauvorhaben. Der gewählte Standort liege nicht mehr wie bisher in der Wasserschutzzone II, was bisher zur Ablehnung geführt hatte, sondern in der Wasserschutzzone III, wo keine so strengen Anforderungen gelten.

Stadträtin Höfler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU und fragt, wie es um Toiletten vor Ort bestellt sei.

Stadträtin Cyperrek signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Stadtrat Denzer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Stadtrat Escher fragt, wer der Initiator des Projektes sei und wie das Bauprojekt finanziert werde. Er fragt, warum diese Maßnahme dort nun möglich sei, obwohl die Einrichtung eines Hundeplatzes dort vor einigen Jahren nicht möglich gewesen sei. Ebenfalls wolle er wissen, wie es um Toiletten vor Ort bestellt sei.

Stadtyugendreferent Stefan Dieterle erklärt, dass die Genese des Pumptracks sehr lange gedauert habe. Da das Gebiet als Wasserschutzzone III ausgewiesen sei, habe man die Möglichkeit, dort einen Pumptrack zu errichten. Die Ausstattung der Anlage mit Toiletten sei eine Grundsatzfrage. Er halte Toiletten für nicht notwendig, an anderen öffentlichen Spielplätzen gebe es auch keine Toiletten. Die Kosten für die Anlage werde man mit Mitteln aus dem Jugendbudget decken, dass im Haushaltsplan festgeschrieben worden sei. Der Initiator des Projekts sei der in der Fahrrad-Szene bekannte Rene Schmidt gewesen. Auch das Jugendparlament habe sich für die Errichtung des Pumptrack eingesetzt.

Stadtrat Pichlhöfer fragt, ob man für die Anlage Zuschüsse erhalten könne.

Stadtyugendreferent Stefan Dieterle führt aus, dass es Zuschüsse im Bereich Sport nur für organisierte Vereine gebe.

Stadtrat Escher stellt fest, dass die Benutzer der Anlage die Toiletten impulsiv nutzen können. Zudem wolle er wissen, wer für die Sauberkeit der Anlage verantwortlich sei.

Stadtyugendreferent Stefan Dieterle gibt an, dass eine Kooperation zwischen dem städtischen Werkhof und dem Sozialen Arbeitskreis Lörrach für die Sauberkeit der Anlage verantwortlich sei.

Stadtrat Di Prima fragt, ob die Benutzung der Anlage kostenfrei sei.

Stadtyugendreferent Stefan Dieterle bejaht dies.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Vom Bauvorhaben wird Kenntnis genommen. Planungsrechtliche Schritte zur Sicherung der Bauleitplanung nach den Vorschriften des Baugesetzbuches sind nicht erforderlich.

TOP 6

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

1. Gaba-Grundstück

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass das Gaba-Grundstück seit dem heutigen Tag der Stadt Lörrach gehöre und die Grundstücksgeschäfte in diesem Zusammenhang abgeschlossen seien.

TOP 7

Allgemeine Anfragen

1. Velo-Einstellhalle

Stadträtin Cyperrek fragt, ob die Bewerbung der Velo-Einstellhalle noch ausgeweitet werde bzw. ob mit gezielten Werbemaßnahmen noch weiter auf die Velo-Einstellhalle aufmerksam gemacht werde. Ebenso wolle sie wissen, ob man die Gebühren für die Velo-Einstellhalle senken könne.

2. Verkehrskonzept Innenstadt

Stadträtin Cyperrek fragt an, ob die Verwaltung den Fahrradweg in der Riesstraße durchgängig markieren könne.

Fachbereichsleiter Nef antwortet, dass man in der Riesstraße handeln müsse. Man wolle aber dahingehend ansetzen, dass man die Parkraumüberwachung forcieren wolle. Man wolle die Straße nicht mit einem Schutzstreifen für Radfahrer verengen.

3. Trottoir Senigallia-Platz

Stadträtin Cyperrek wolle wissen, wann die Schilder auf dem Trottoir auf dem Senigallia-Platz entfernt werden und ein besseres Parken ermöglicht werde.

4. Städtebaulicher Wettbewerb Krankenhausvorplatz

Stadträtin Cyperrek wolle gerne in Erfahrung bringen, wie weit der städtebauliche Wettbewerb zur Neugestaltung des Krankenhausvorplatzes fortgeschritten sei.

5. Durchgangsverkehr Grabenstraße

Stadträtin Cyperrek wünscht eine Antwort auf die Frage, welche Maßnahmen man zur Sicherstellung des Durchgangsverkehrs in der Grabenstraße ergreife.

Fachbereichsleiter Nef erklärt, dass es in der Grabenstraße immer wieder freie Parklücken gebe und die Straße gut befahrbar sei.

6. Campingplatz

Stadtrat Escher fragt an, warum er aus der Zeitung erfahren müsse, wann der Termin für die Zwangsversteigerung des Campingplatzes ist. Die Verwaltung müsse dafür sorgen, dass der Campingplatz einschließlich der Minigolf-Anlage zurück in den Besitz der Stadt Lörrach gelange.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Termin für die Zwangsversteigerung nicht im Einvernehmen mit der Stadt festgelegt wurde. Der Termin werde von anderen Instanzen festgesetzt. Auf dem Campingplatzgelände könne auch in Zukunft ausschließlich ein Campingplatz betrieben werden. Man werde wie besprochen in der zweiten Versteigerungsrunde einsteigen und mitbieten.

7. Tempo-30 Schule Tumringen

Stadtrat Berg fragt, wann die Tempo-30-Zone vor der Schule in Tumringen eingerichtet werde.

Fachbereichsleiter Nef führt aus, dass seit Monaten Kontakt mit Elternvertretern bestehe und verschiedene Varianten geprüft werden. Es werde zusammen an Schulweg-Plänen gearbeitet und die Verbreiterung des Gehwegs vorangetrieben. Die Einrichtung einer Tempo-30-Zone bis zur Oskar-Grether-Straße sei geplant. Probleme gebe es hierbei noch in der Wallbrunnstraße. Zudem müsse man noch einige Ergebnisse des Lärmaktionsplans abwarten. Auch die Verkehrszunahme in der Freiburger Straße sei ein relevanter Faktor. Es werde noch weitere Gespräche mit den Elternvertretern geben. Man werde weiter nach Möglichkeiten suchen, um die Sicherheit der Schulwege weiter zu verbessern.

8. Öffnungszeiten Hallenbad

Stadtrat Böhringer wolle wissen, warum das Hallenbad im Sommer geschlossen sei. Er wolle, dass die Öffnung des Hallenbads im Sommer im Gemeinderat thematisiert werde.

TOP 8 Offenlegungen

Keine.

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: